

Noahs Taube kehrt zurück – Armenien, die Türkei und die Völkermorddebatte

Zusammenfassung

Kein einzelnes Thema vergiftet die Beziehungen zwischen Türken und Armeniern mehr als die Vernichtung der armenischen Gemeinden Anatoliens im Jahr 1915 und die damit verbundene Frage, ob es sich dabei um Völkermord handelte. Für die Türkei ist der Kampf gegen die internationale Anerkennung als Völkermord ein zentrales außenpolitisches Ziel. Für die Armenier ist der Völkermord und der daraus resultierende Verlust einer traditionellen Heimstatt ein wesentliches Element ihrer nationalen Identität. Derzeit unterhalten die beiden Staaten keinerlei diplomatische Beziehungen, die gemeinsame Grenze bleibt geschlossen. In jüngster Zeit kam es zu ersten Anzeichen einer Wiederannäherung und versöhnlichen Gesten der politischen Führungen beider Seiten. Für eine Normalisierung ihrer Beziehungen werden beide Seiten jedoch einige tief verwurzelte Vorurteile überwinden müssen.

Im Rahmen des EU-Beitrittsprozesses haben sich in der Türkei in den vergangenen Jahren tiefgreifende Veränderungen vollzogen. Insbesondere wurde die Verfassung reformiert und der Einfluss des Nationalen Sicherheitsrates in der zivilen Politik reduziert. Die Demokratisierung ermöglichte in der Türkei erstmals eine offene Debatte über die armenische Frage. Die offizielle türkische Geschichtsschreibung hatte lange darauf bestanden, dass die rebellische armenische Bevölkerung sich im Ersten Weltkrieg mit Russland verbündet und als Hauptaggressor ihren eigenen Untergang herbeigeführt hatte. Wer diese offizielle Linie in Zweifel zog, wurde als Verräter gebrandmarkt und riskierte strafrechtliche Verfolgung. Doch seit dem Jahr 2000 hat die türkische Zivilgesellschaft begonnen, die Geschichte der osmanischen Armenier in einem anderen Licht zu betrachten. Seitdem kamen viele Tabus ins Wanken.

Gleichzeitig entwickelte sich die türkische Außenpolitik entscheidend weiter. Unter dem Motto „Keine Probleme mit den Nachbarn“ nahm die derzeitige türkische Regierung eine Reihe ungelöster Streitigkeiten in Angriff und festigte so die türkische Position als strategische Größe auf regionaler und internationaler Bühne. Doch bislang befand sich Armenien im toten Winkel dieser Politik und die Türkei unternimmt auch weiterhin beträchtliche Anstrengungen, um eine internationale Anerkennung des armenischen Völkermordes zu verhindern.

Doch dies ist ein Kampf, den die Türkei nicht gewinnen kann. Mittlerweile wurden in mehr als 20 Ländern Resolutionen zum Gedenken an den Völkermord von 1915 verabschiedet; darunter viele enge Verbündete der Türkei. Der neue US-Präsident und die meisten führenden Mitglieder seiner Regierung haben den armenischen Völkermord öffentlich anerkannt, daher scheint es nur noch eine Frage der Zeit, bis die USA eine entsprechende Resolution verabschieden werden. Doch im Gegensatz zu den Befürchtungen vieler Türken ist dies kein

Zeichen einer wachsenden anti-türkischen Stimmung oder des Einflusses der armenischen Diaspora. Mehr als alles andere spiegelt die zunehmende Anerkennung ein sich kontinuierlich entwickelndes Verständnis von Völkermord unter Wissenschaftlern und Juristen. Es ist heute Konsens, dass im 20. Jahrhundert weltweit unzählige Völkermorde, d.h. Versuche, eine bestimmte nationale oder ethnische Gruppe in Gänze oder in Teilen zu vernichten, verübt wurden. In der Genozidforschung gibt es kaum einen seriösen Wissenschaftler, der anzweifelt, dass die Ereignisse von 1915 einen Völkermord darstellen. Es ist jedoch ebenso klar, dass die heutige Türkei für vor beinahe einem Jahrhundert verübte Akte des Völkermords rechtlich nicht verantwortlich ist, und dass eine Anerkennung des Völkermordes die heutige türkisch-armenische Grenze nicht in Frage stellen würde.

Auch unter den Armeniern werden intensive Debatten geführt. Über Jahrzehnte waren anti-türkische Stimmungen und Träume von einem Großarmenien sowohl in Armenien selbst als auch in der Diaspora salonfähig. Doch seit den frühen 90er Jahren mussten Maximalforderungen nach einer Rückgabe historischer Gebiete mit der pragmatischeren offiziellen Sicht konkurrieren, wonach verbesserte Beziehungen zur Türkei ein strategisches Gebot für den isolierten Binnenstaat sind. Mehrere Regierungen in Folge haben sich zu einer Normalisierung der Beziehungen zur Türkei ohne Vorbedingungen bekannt. Die Armenier stehen heute vor der Wahl, ob sie in der Türkei weiter den Erzfeind sehen wollen, oder ob sie in der Hoffnung, eines Tages eine gemeinsame Grenze zur Europäischen Union zu haben, wieder Beziehungen zu ihrem westlichen Nachbarn aufnehmen wollen.

Für beide Länder ist dies eine kritische Zeit. Auch wenn es nur ein erster Schritt zur Versöhnung wäre, würden die Extremisten auf beiden Seiten durch die Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen und die Öffnung der Grenze marginalisiert, und so den Weg für eine vernünftigeren und maßvollere Debatte freigeben. Die Türkei sollte ihre Politik der Unterbindung von Diskussionen über den armenischen Völkermord im In- und Ausland aufgeben – und es vermeiden, überzureagieren, wenn, was wahrscheinlich ist, mehr ihrer Verbündeten die Ereignisse von 1915 als Völkermord anerkennen. Die Armenier wiederum müssen akzeptieren, dass eine Anerkennung des Völkermordes niemals eine Änderung des seit annähernd einem Jahrhundert bestehenden territorialen Status quo bedeuten wird.